

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisstraße 22.
Verkaufsstellen der Redaction:
Dienstags 10-12 Uhr.
Mittwochs 4-6 Uhr.

Bestellungen für die nächst-
folgende Nummer bestimmen
Sonn- und Feiertagen bis
1 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Feiertagen früh bis 1/2 Uhr.
In den Filialen für Post-Zustellung:
Das Bureau, Unterstadtstr. 22,
Tele. 104, Aufbrennenstr. 18, p.
nur bis 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anlage 15,500.
Abonnementpreis viertel. 4/2, Hal-
b. 8, incl. Frachtlohn 6 Bk.,
durch die Post bezogen 6 Bk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postbeförderung 30 Pf.
mit Postbeförderung 45 Pf.
Inserate 30 Pf. Petitzeile 20 Pf.
Erhöhte Gebühren laut unserem
Preisverzeichnis - Tabellenblätter
nach höherem Tarif.
Reklamen unter dem Redactionstich
die Spalte 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Expedition
zu senden. - Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung pränumerando
oder durch Postnachschub.

№ 212.

Mittwoch den 31. Juli 1878.

72. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniss, daß die Grundstücke auf der „an der alten Gasse“ be-
nannten Straße mit den nachstehend verzeichneten Nummern versehen worden sind:

Strassen- Nr.	Nummer des Grund- catasters	Namen der Besitzer
1	Abth. B.	Bauhalle.
2	1494 RR	Herr Gustav Perlich.
3-4	—	Bauhallen.
5	1494 KK	Herr Gustav Perlich.
6 bis 17	—	Bauhallen.
18	1424	Herr Franz Louis Leidenroth.

Leipzig, den 27. Juli 1878.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georai. Wilsch, Rfdr.

Bekanntmachung.

Die Lieferung der für den Betrieb der städtischen Gasanstalt erforderlichen Bücher und Druckformulare
soll auf die Jahre 1879 und 1880 an den Mindestfordernden, jedoch vorbehaltlich der Auswahl unter den
Eubmittenten, vergeben werden.
Berechnisse der Druckkosten bez. Proben derselben und Lieferungsbedingungen sind in der Gasanstalt
einzusehen bez. in Empfang zu nehmen, Offerten aber bis längstens
den 12. August d. J., Abends 6 Uhr
versiegelt und mit der Aufschrift: „Druckformulare, die Gasanstalt betr.“ versehen bei der Mauttatur
des Rathes abzugeben.
Nicht versiegelte, oder verspätet abgegebene Offerten bleiben unberücksichtigt.
Leipzig, den 29. Juli 1878.
Des Rathes Deputation zur Gasanstalt.

Bekanntmachung.

Die licitirten Localitäten im „Mauricianum“ Grimmaische Straße Nr. 16, im „goldenen Anker“,
große Fleischergasse Nr. 3 und im Grundstück Burgstraße Nr. 16 sind vergeben und werden die nicht
zur Berücksichtigung gelangten Bieter ihrer diesfälligen Gebote hiermit entlassen.
Leipzig, am 30. Juli 1878.
Universitäts-Rentamt.
Graf.

Bekanntmachung.

Wir machen hierdurch bekannt, daß die öffentlichen Impfungen, welche bisher jeden Mittwoch von 3 bis
6 Uhr Nachmittags im alten Nicolaischulgebäude stattfanden, mit Rücksicht auf die heiße Jahreszeit bis auf
Weiteres sistirt werden.
Ueber Wiederbeginn der öffentlichen Impfungen wird seiner Zeit Bekanntmachung erfolgen.
Leipzig, am 27. Juli 1878.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georai. Kretschmer.

Bekanntmachung.

Die Jahreszinsen der Städtischen Stiftung im Betrage von circa 390 A sind am 3. September d. J. an
zu vertheilen.
„in Leipzig befindliche, arme, verheiratete Bürgerwitwen“
ausgeschlossen sind Waisen- oder Armenunterstützungs-Empfängerinnen.
Bewerberinnen haben sich bis zum 4. August d. J. in der Rathswache (Rathhausdurchgang) anzumelden.
Leipzig, den 11. Juli 1878.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georai. Kretschmer.

Bekanntmachung.

Nach Anzeige der Herren Frege & Co. in Leipzig sind denselben folgende zwei von der Lagerhofverwaltung
ausgestellte, auf den Namen des Herrn R. Rapaport in Leipzig lautende Lagercheine verloren ge-
gangen, als:
Lagerchein Nr. 10,067, ausgestellt den 21. April 1876, über 21 Fässer und 4 Ballen Borsten, gem.
Br. 5098 Pfd. gezeichnet HMB. II 37, 45 bis 47, 55, 56, 59, 63, 64, 67, 69, 71 bis 79, 81, 82, 83,
13, 20, 22 und 3 Ballen Rohhaare gem. Br. 280 Pfd. gezeichnet HMB. II 1 bis 3, auf dessen
Rückseite sämtliche Borsten als abgenommen abgeschrieben sind, und
Lagerchein Nr. 11,114, ausgestellt den 11. Februar 1878, über 4 Ballen Federn gem. Br. 628 Pfd., ge-
zeichnet HMB. II 1 bis 4.
Wir fordern die Inhaber der Lagercheine hierdurch auf, sich mit denselben binnen 3 Monaten und
spätestens bis
1. October 1878
bei Verlust jeglichen Anspruchs an die Lagerhofverwaltung, in der Lagerhof-Expedition zu melden. Erfolgt
keine Meldung, so werden die beiden Lagercheine unwirksam erklärt und neue Lagercheine ausgestellt werden.
Leipzig, den 29. Juni 1878.
Lagerhof der Stadt Leipzig.
Gether.

Partei-Vereine.

Die Wahlbewegung, welche uns diesmal ja eben-
so unerwartet wie in ungeeigneter Jahreszeit über
den Hals kam, ist in den einzelnen Wahlkreisen
deutlich glatter und glücklicher verlaufen, je besser die
Parteien ein- für allemal organisiert waren.
Ein Wunder ist das natürlich nicht, aber es ent-
spricht eine wertvolle politische Lehre. Eine Partei,
welche auf dauernden Bestand und Einfluß rechnet,
muß stets und überall so gerüstet sein, daß
keine noch so plötzliche Auflösung des Reichstags
sie betrüblich überraschen kann. Wer weiß, ob
und die diesmalige laune Wahlarbeit nicht erpar-
t werden würde, hätte man nicht geglaubt,
ke nationalliberale Partei in der Wehr-
zahl der Wahlkreise unvorberichtet zu treffen und
schweigen leicht zu sprengen oder über den Haufen
zu werfen! Es ist im Mittelpunkt der Partei
nicht außer Acht gelassen worden, daß nach dem
Scheitern der Verhandlungen zwischen dem Fürsten
Bismarck und Herrn v. Bennigsen eine derartige
Probe auf ihre Festigkeit und ihren Zusammen-
hang mit dem Volke über Nacht einmal unter-
sucht werden könnte. Die Probe ist danach
zum vollen Erfolg gelangt, denn es ist sichergestellt,
daß selbst ohne durchgeführte Organisation die national-
liberalen Abgeordneten im Allgemeinen noch immer
reueigweise für das deutsche Bürgerthum die
Lager politischen Vertrauens sind.
Aber selbst, wenn nicht die Probe selbst, so hätte
man sich doch vielmehr ein Uebermaß von Kraft-
anstrengung sparen können, wäre man ein- für alle-
mal zu jeder Zeit auf den Wahlskampf gerüstet.
Der Verbandsein provinzieller Wahlcomités
sehen dem Centralwahlcomité genügt dafür offenbar
nicht. Es bedarf localer Vereinigungen, deren feste
Lebendige Stütze bis zu den einzelnen Wählern
hinunterreicht. Unter dem Namen von nationalliberalen
Vereinen, Reichsvereinen, Deutschen Vereinen u. s. f.
bestehen viele Wahlbezirke schon ein solches ausgie-
biges Organ. Hier und da umfaßt es unter dem
allgemeinen Begriffe eines liberalen Vereins fort-
schrittlich gesinnte Männer mit; an andern Stel-
len, wo die Spitze gegen antinationale Parteien
geleitet ist, abgen mehr freiconservative Elemente
ebenfalls Platz darin finden. Als Regel empfiehlt
sich aber unbedingt die gesonderte Zusammen-
fassung der Nationalliberalen. Hat man eine
solche, so geht nicht eine kostbare Zeit ver-
loren. Es bedarf dann nicht erst der Ermitt-
lung von Wahlleitern: der Vereinsvorstand
übernimmt diese Aufgabe ohne Weiteres, als
keine Pflicht so gut wie sein Recht, indem er sich
höchstens nach aus dem Reiben ähnlicher mehr
spezifisch localen Zwecken dienender Vereine, wie
z. B. der neuerd. 3 in Masse entstandenen Bürger-
vereine, angeschlossen verhält. Wo die Personen-
frage sich nicht von selbst erledigt, nämlich durch
unbestrittene Wiederanstellung eines bewährten
Vertreters, da einigt man sich in einem solchen
Kreise verhältnismäßig leicht über den vorzu-
zuziehenden Namen, und die Abstimmung der durch
ein einziger Verein oder Wahlkreis-
umfassung schwebet allen ferneren Streit und
Zweifel ab.
Aber auch die dann noch zu leistende Arbeit der
Organisation möglichst vieler gesinnungsverwandten
Wähler zur Wahlurne wird ungleich besser besorgt

bei dem Vorhandensein eines ständigen Partei-
vereins. Der Vorstand desselben empfindet vom
ersten Augenblick an seine Verantwortlichkeit für
einen guten Ausgang der Wahl, und ist ihr ge-
wachsen durch seine natürliche Autorität, durch
seinen gesicherten Einfluß auf die regsamsten und
befähigsten Theile der Wählerschaft. Er braucht
so zu sagen nicht erst Unterofficiere und Soldaten
für den Feldzug anzuwerben, — an den Vereins-
mitgliedern besitzt er sie ohnehin. Das sind die
mit Händen zu greifenden Vorzüge fester Ver-
einbildung für das Wahlgewinn. Welche Wich-
tigkeit sie auch außerhalb desselben und über
dasselbe hinaus erlangen kann, werden wir ein
ander Mal näher erörtern. Für den Augen-
blick ist es uns mehr darum zu thun, den Werth
geschlossener Parteivereine für die Erfüllung un-
serer vaterländischen Wahlpflichten allen Bethei-
ligten zu vollem Bewußtsein zu bringen, damit
in dieser Richtung noch bestehende Lücken bald-
möglichst ausgefüllt werden. Die diesmalige
Wahlarbeit selbst kann dazu mitwirken. Sie hat
die thätigen Parteigenossen allenthalben einander
genähert, auch da wo noch kein Verein sie fest
verbindet. Nichts ist einfacher, als daß sie ihre
Arbeit, gleichviel ob zum Siege des Erlörens
führend oder nicht, mit dem Beschlusse krönen,
nicht wieder bis zum nächsten Wahlszuge einfach
auseinander zu gehen und sich gegenseitig abermals
fremd zu werden. Das Wahlcomité ist der von
selbst gegebene Anknüpfungspunkt für eine festgegliederte
ständige Parteigenossenschaft. Dies gilt, wir wider-
holen es ausdrücklich, für siegreiche Comités nicht
allein, sondern auch für vorläufig unterlegene.
Das Vertrauen in die Zukunft der so heftig
angegriffenen nationalliberalen Partei hat während
der letzten heißen Wochen nicht selten frische Na-
hrung erhalten durch die Kunde, daß ihre Anhänger
sich in einem Wahlkreise zusammengethan, der bis-
her von der Existenz der Partei kaum Etwas
wusste. Solche Reime künstlicher Wählermehrheiten
gilt es zu pflegen, und das beste Mittel dazu ist
ein stehender Parteiverein, der die Führung sowohl
der örtlichen Parteigenossen unter sich wie mit
der Gesamtheit und Führung der Partei im
Landes ununterbrochen aufrecht erhält. Wir nehmen
mit Bestimmtheit wahr, daß schon an verschiedenen
neuen Punkten beschlossen worden ist, so zu ver-
fahren. Es sollte in jedem Wahlbezirk ohne Aus-
nahme geschehen.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 30. Juli.
Werden die Wahlen des 30. Juli einen Con-
flikt zwischen der Reichsregierung, insbe-
sondere zwischen dem Fürsten Bismarck, und der
Volksvertretung zur Folge haben? Das ist
eine Frage, welche das Herz manches wahren
Patrioten in schwerer Weise bedrängt. Es unter-
liegt wohl kaum mehr einem Zweifel, daß die Zu-
sammensetzung des neuen Reichstags sich von dem
vorigen nicht in der Weise unterscheiden wird, wie
Dies vielleicht von Seiten der Regierung und der
zahlreichen bisherigen Gegner des Liberalismus
gewünscht und gehofft worden ist. Die Regierung
wird, wenn sie auf die Wehrheit des Hauses rechnen
will, sich nach wie vor auf die liberale Partei
stützen oder durch Nachgiebigkeit gegen das Centrum
eine liberal-conservative Faktion austreten müssen.

Ein Anderes giebt es nicht, daß möge man an maß-
gebender Stelle nicht vergessen; kein anderer Aus-
weg bleibt als dem Dilemma, daß durch die selb-
stän- dige Wahlbewegung geschaffen worden ist.
Die Ratification des Berliner Ver-
trags ist jetzt von allen Regierungen der Signa-
turmächte mit Ausnahme der Portie vollzogen.
Man erwartet indessen auch das von dem Sultan
zu unterzeichnende Exemplar des Vertrags in den
nächsten Tagen und es soll dann der Austausch der
Ratificationen durch Vermittelung des auswärtigen
Amtes zu Berlin erfolgen.
Zunehmend deutlicher macht sich ein steigendes In-
teresse für die Verhältnisse über einen Ausgleich
der preussischen bzw. deutschen Regierung mit der
russischen Curie bemerklich, und es kann nicht
schaden, den bezüglichen Gerüchten Beachtung zu
schenken und ihre Bedeutung nicht zu unterschätzen.
Wie es scheint, macht sich von Bayern aus ein
höherer Einfluß — und zwar kein geistlicher —
nach dieser Richtung hin geltend, und man ist
geneigt, der Reise des leitenden bayerischen Ministers
v. Freyschamer nach Riffingen eine weiter gehende
Bedeutung beizulegen, als ihr mit einer gewissen
Absichtlichkeit von den Blättern dahin gegeben
word, daß es sich dabei nur um eine Beglück-
wünschung des Reichskanzlers zu seinen Erfolgen
auf dem Congreß handle. Auffallend ist die best-
ändige Ablehnung aller Ausgleichsversuche in den
Kreisen wie in den Zeitungen der Ultramontanen.
Die Tabaksteuer-Enquete, welche jetzt im
Gange ist, beruht bekanntlich auf Befehl. Der
vorige Reichstag hat ihr unter dem maßgebenden
Einfluß der nationalliberalen Fraction zugestimmt,
nachdem aus dem Gesetzentwurf Alles getrichen
war, was ihr die Richtung auf das Monopol
gab oder zu geben scheinen konnte. Von der ge-
nannten Fraction war vorher zweimal mit Ein-
stimmigkeit festgestellt, daß das Tabaksmo-
nopol unannehmbar sei. Diese Umstände muß die
Enquete-Commission sich natürlich bei ihrem
Vorgehen gegenwärtig erhalten. Sie hat kein
einstimmiges Mandat von dem Reichskanzler oder
dem Bundesrath, sondern ein vereinbartes von
allen drei Factoren der Reichsregierung. Nach
ihren ersten laut gewordenen Schritten zu ur-
theilen, ist die Commission sich dieser ihrer Pflicht
und Verantwortlichkeit bewußt. Sie hält das
deutsche Tabaksgewerbe als ein Ganzes nicht schon
für verdammt, mit Haut und Haar vom Staate
verschlungen zu werden, weil ein mächtiger und
populärer Mund dieses einmal leider öffentlich für sein
Ideal erklärt hat. Wir schließen das namentlich
aus der Zurückweisung der ihr angebotenen stati-
stischen Dienste des bekannten Monopol-Advocaten
Dr. G. Mayr aus München, statt dessen von der
Commission taktvoller Weise eine neutrale Persön-
lichkeit, Herr Geheimrath Reich, mit der auszu-
nehmenden besonderen Statistikk betraut worden ist.
Herr Mayr soll in Folge dessen Berlin verlassen
haben, da auch aus der Reise nach den Vereinigten
Staaten zum Studium der dortigen sehr ergiebigen
Fabriksteuer, die ihm nebst zwei sachkundigen
Herren übertragen war, nach den bereits erlangten
umfänglichen Aufschlüssen über diese Steuerreform
kaum Etwas werden wird.
Aus staatsverwaltungsmäßigen Kreisen verlautet,
wie das „Berliner Tageblatt“ mittheilt, fol-
gendes: Neben den zahlreichen durch die
socialdemokratischen Organe publicirten Unter-

stellungen, welche der socialdemokratischen
Agitation zuzuführen, erhält diese Agitation
sehr wohlhabender Leute, welche jedoch nicht
wünschen, daß ihre innigen Beziehungen zur Social-
demokratie bekannt werden, namhafte, ja sehr be-
deutende Zuschüsse. So ist nunmehr ermittelt
worden, daß ein früher in Frankfurt a. M. ansässig
gewesener, sehr reicher Mann, der gegenwärtig in
Hamburg als Rentier lebt, seit Anfang Juni für
Wahlzwecke und sonstige Agitationsmittel im In-
teresse der Socialdemokratie, ferner in der Form
von Darlehen, Vorschüssen und Geschenken an die
socialdemokratische Partei aus seiner eigenen Casse
zusammen 30,000 Mark verwandt hat. Dieser so
bedeutenden Beiträge ist bisher in keinem social-
demokratischen Organe irgend welche Erwähnung
geschehen, obwohl diese Organe zum Beweise der
rege Theilnahme der Bevölkerung an der Agi-
tation die eingegangenen Geldbeträge regelmäßig
veröffentlichen. Neben jenem reichen, mit den
Socialdemokraten sympathisirenden Herrn, giebt
es noch andere wohlhabende Leute, welche im Ge-
heimen die socialdemokratische Agitation unterstützen.
So wird das communistic Blatt „Egalité“ in
Paris angeblich von einzelnen der deutschen social-
demokratischen Partei angehörigen wohlhabenden
Personen durch namhafte Beträge fortwährend
unterstützt.
Aus Hannover, 29. Juli, wird gemeldet:
Se. I. I. Hoheit der Kronprinz traf heute Nach-
mittag nach 4 Uhr in Begleitung des Ministers
Grafen zu Eulenburg zum Besuche der Gewerbe-
ausstellung hier ein und wurde am Bahnhofe von
der zahlreich versammelten Volksmenge mit jubeln-
dem Zurufen begrüßt. Die Stadt ist festlich ge-
schmückt.
Wie die „Greizer Bzg.“ meldet, hat Se. Hoch-
fürstliche Durchlaucht Herr Heinrich XXII. Reuß
zu Greiz „bei höchster entschiedener Ueberzeu-
gung, daß die Unterlassung der ohne unerwünsch-
liche Wehrausgaben zu erzielenden Errichtung eines
eigenen Landesrichters für das Fürstenthum
zu schwerer Schädigung der wichtigsten Interessen
des Fürstenthums und seiner Bewohner gereichen
würde, daß vielmehr das unzertrennliche
Wohl des Fürsten und des Vaterlandes die
Errichtung eines eigenen Landesrichters erheische,
sowie daß diese Ueberzeugung von der Wehrheit
der Bevölkerung getheilt werde, es für höchst
landesherrliche Pflicht halten müssen, von dem in
§. 76 der Verfassung dem Landesherren zustehenden
Rechte Gebrauch zu machen und demgemäß ange-
ordnet, daß der Landtag aufgelöst werde und
neue Abgeordnete wählen vorzunehmen seien.“
(Das Fürstenthum, das ohne ein eigenes Land-
gericht nicht bestehen kann, wie die Regierung meint,
aber recht wohl ohne solches bestehen könnte, wie
der Landtag meint, ist fast 5 Quadratkilometer groß
und zählt gegen 50,000 Einwohner.)
Der Einmarsch in Bosnien wird nur mit
sehr getheilten Gefühlen in Oesterreich betrachtet,
und die Opposition läßt es an heftigen Angriffen
gegen die Politik des leitenden Staatsmannes nicht
fehlen. Schon beginnt man hier und da zu
fürchten, daß die jetzt vollzogene partielle Mobil-
machung leicht das Vorbild zu einer baldigen all-
gemeinen werden, und daß die Occupation der
Ausgangspunkte zu größeren Bewidlungen mit
dem Auslande werden könne. Der Lärm
in Italien, der nicht als eine Folge des